

Im Jahr 1966 haben 13 weitere Landkreise erstmalig die 10 000-DM-Grenze je Einwohner überschritten, nämlich Schwäbisch Gmünd, Leonberg, Wangen, Karlsruhe, Aalen, Donau-echingen, Schwäbisch Hall, Rastatt, Heilbronn, Emmendingen, Wolfach, Überlingen und Calw.

Die niedrigsten, unter der 9000-DM-Grenze liegenden Umsatzquoten je Einwohner weisen 1966 in Nordwürttemberg die Landkreise Ulm (6458 DM), Crailsheim (8638 DM) und Öhringen (8768 DM) auf, in Nordbaden Buchen (7146 DM), Heidelberg (8635 DM) und Sinsheim (8668 DM), in Südbaden Freiburg (6402 DM), Stockach (6479 DM) und Müllheim (8388 DM) und in Südwürttemberg-Hohenzollern Münsingen (7250 DM), Horb (7853 DM) und Ehingen (8431 DM). Bei diesen Kreisen ist, von Heidelberg abgesehen, die Wirtschaftsstruktur in be-

deutendem Maße durch die Landwirtschaft bestimmt, die wegen ihrer Steuerbefreiung von der Umsatzsteuer jedoch nicht miteinfaßt wird.

Vom *Umsatzsteuer-Vorauszahlungsbetrag* des Berichtsjahres entfielen 1,46 Mrd. DM oder 37,3 % des Gesamtsteuersolls auf die Stadtkreise; bei diesen ist gegenüber dem umgestellten Ergebnis 1964 (1,31 Mrd. DM) eine Ertragszunahme von 11,8 % zu verzeichnen. In den Landkreisen erhöhte sich das Umsatzsteuersoll gegenüber 1964 (nach Umstellung 2,11 Mrd. DM) um 16,6 % auf 2,46 Mrd. DM; das sind 62,7 % der Landessumme. Der gegenüber ihrer Umsatzquote viel niedrigere Anteil der Stadtkreise am Gesamtsteuersoll erklärt sich hauptsächlich durch das Schwergewicht, das den steuerfreien und steuerbegünstigten Großhandelslieferungen in den Stadtkreisen zukommt.

Dipl.-Volkswirt Erich Stülthammer

Das Realkreditgeschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute im Jahre 1966

Von den sieben in Baden-Württemberg ansässigen Grundkreditanstalten, die zur Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute berichten, sind drei private Hypothekenbanken und vier öffentlich-rechtliche Kreditanstalten. Ihre monatlichen Berichte beinhalten die Ergebnisse im Aktiv- und Passivgeschäft seit der Währungsreform (Neugeschäft), das im wesentlichen die nach dem 20. 6. 1948 ausgegebenen Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen, sowie die nach diesem Zeitpunkt erfolgten Ausleihungen umfaßt.

Krise am Rentenmarkt beeinträchtigt die Geschäftstätigkeit

Die bereits im Jahre 1965 sichtbar gewordene Ungleichgewichtigkeit zwischen Kapitalangebot und -nachfrage trat im Berichtsjahr 1966 vor allem am *Rentenmarkt* in Erscheinung, der seine bisher stärkste Krise erlebte. Er war über längere Perioden ziemlich funktionsunfähig und im übrigen durch stark gesunkene Absatzergebnisse gekennzeichnet. Die Ursachen hierfür sind in der Übernachfrage, der Haushaltspolitik der öffentlichen Hand und der Restriktionspolitik der Deutschen Bundesbank zu suchen. Emissionsdrosselung, Emissionsstopp und Absprachen am „Runden Tisch“ konnten zwar das Angebot am Markt für festverzinsliche Wertpapiere beschränken, aber nicht verhindern, daß die Kapitalnachfrage auf den Nebenmarkt des nicht genehmigungspflichtigen Schuldscheindarlehensgeschäfts auswich und damit dem Rentenmarkt umfangreiche Mittel entzog. Um dem im ersten Halbjahr 1966 anhaltenden Preis- und Kostenauftrieb entgegenzuwirken, verschärfte die Deutsche Bundesbank ihre restriktive Kreditpolitik, so daß die Kreditinstitute als eine der wesentlichen Käufergruppen wegen Liquiditätsverknappung am Rentenmarkt merkbar ausfielen. Der Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen litt auch darunter, daß die übrigen institutionellen Anleger – die Versicherungen – ihre Kapitalmittel weniger langfristig binden wollten und über die Nebenmärkte bemüht waren, das Kursrisiko möglichst auszuschalten. Zudem legten öffentliche Stellen den Sozialversicherungsträgern sehr nachdrücklich nahe, mit ihren verfügbaren Geldern Schuldtitel der öffentlichen Hand – insbesondere solche des Bundes oder der Bundesbetriebe (Bahn und Post) zu kaufen. Durch diese einseitige Prioritätenbildung blieben Millionenbeträge dem Markt vorenthalten. Die privaten Rentensparer endlich verhielten sich ebenfalls zurückhaltend und wandten sich mehr anderen, risikoloser Sparformen zu, dem Konten-, Versicherungs- oder Bausparen. Sie fühlten sich durch den Kursrückgang der festverzinslichen Rentenwerte enttäuscht und rechneten sich Verluste für den Wertpapierbesitz aus, obgleich solche vermeintlichen Verluste nur dann entstehen, wenn die Anleger nicht willens oder in der Lage sind, ihren Wertpapierbestand zu halten bis die Kurse wieder gestiegen sind oder, insbesondere bei auslosungspflichtigen Reihen, durch Kündigung seitens der Emittenten aus dem Umlauf genommen und dann zu pari eingelöst werden.

Stark vermindelter Pfandbriefabsatz im Passivgeschäft

Durch diese besonderen Verhältnisse am Rentenmarkt waren der Geschäftstätigkeit der Boden- und Kommunalkreditinstitute im Berichtsjahr 1966 enge Grenzen gezogen. Im Passivgeschäft, das auch die Grundlage für die Ausleihetätigkeit (Aktivgeschäft) bildet, erreichte der *Erstabsatz von Schuldverschreibungen* nur den Betrag von 650,7 Mill. DM und war damit um 432,0 Mill. DM oder fast 40 % niedriger als im Vorjahr. Zwar gab es auch bei den übrigen Realkreditinstituten im Bundesgebiet schwächere Emissionserlöse, im Durchschnitt blieben aber die Erstverkäufe von Schuldverschreibungen aller Bodenkreditbanken nur um knapp 28 % hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Der Marktanteil der sieben in Baden-Württemberg ansässigen Boden- und Kommunalkreditinstitute am gesamten Erstabsatz aller Grundkreditinstitute hat sich dadurch von 13 % im Vorjahr auf 11 % verringert. Von der Absatzminderung waren die privaten Hypothekenbanken relativ in fast gleichem Ausmaß betroffen wie die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten. Die Einbuße ist jedoch für die Hypothekenbanken weit gravierender, wenn man berücksichtigt, daß diese bereits 1965 eine beträchtliche Absatzreduzierung hinnehmen mußten.

Tabelle 1
Erstabsatz von Schuldverschreibungen
Millionen DM

Art der Schuldverschreibungen Institutgruppe	1965	1966	Ver- änderung in %
Hypothekendarlehen	724,4	346,0	- 52,2
Kommunalobligationen	349,3	304,7	- 12,8
Insgesamt	1 073,7	650,7	- 39,4
darunter mit Zinssatz von			
5 bis unter 6 %	31,4	11,7	- 62,7
6 bis unter 7 %	736,7	101,3	- 86,2
7 bis 7 1/2 %	305,6	537,7	+ 75,9
Private Hypothekenbanken	464,8	280,3	- 39,7
Öffentl.-rechtl. Kreditanstalten	608,9	370,4	- 39,2
Außerdem: Kassenobligationen, mittel- und langfristige Inhaberschuldverschreibungen (nicht deckungspflichtig)	80,7	30,2	- 62,6

Sehr stark war vor allem der Absatz von Hypothekendarlehen von der allgemeinen Schwäche am Rentenmarkt betroffen (— 52 %). Verhältnismäßig gering war dagegen die Absatzminderung bei den Kommunalobligationen (— 13 %). Dem Werte nach waren die Einbußen unter Berücksichtigung der hohen Disagios noch weit größer. Das wird deutlich, wenn man sich die Kurswerte vergegenwärtigt, denn in den Sommermonaten wurden die neuen Pfandbriefe überwiegend zum Kurs unter 90 % angeboten, erbrachten also nicht einmal neun Zehntel des Nennwertes.

Der Nominalzinssatz konnte zwar – trotz aller Zinssteigerungstendenzen – bei 7 % gehalten werden, nachdem der Zentrale Kapitalmarktausschuß erklärt hatte, daß von einem Übergang auf den 8 %igen Nominalzins keine nennenswerte Erhöhung des Kapitalangebotes und keine Tendenzwende am Markt zu erwarten sei. Vom gesamten Bruttoabsatz an Schuldverschreibungen der Realkreditinstitute in Baden-Württemberg im Jahre 1966 entfielen 83 % auf Wertpapiere mit diesem Zinssatz. Der Zinstyp der 6 %igen Schuldtitel, der bis zur zweiten Hälfte des Vorjahres am Rentenmarkt vorherrschte, war nur noch mit 16 % am Erstabsatz beteiligt.

Den im Vergleich zum Vorjahr stark verminderten Emissionserlösen standen vermehrte Tilgungsleistungen gegenüber. Sie erhöhten sich von 21,3 Mill. DM auf 35,0 Mill. DM. Dabei handelte es sich überwiegend um „echte“ Tilgungen unter dem Zwang vertraglicher Verpflichtungen, in geringem Umfange auch um Rückkäufe im Rahmen der Kurspflege, die zum Teil im Berichtsjahr wieder abgesetzt wurden.

Bei vermindertem Erstabsatz und vermehrten Tilgungsleistungen hat sich der Umlauf von Schuldverschreibungen nur um rund 10 % (im Vorjahr um 21 %) erhöht. Am Jahresende 1966 befanden sich Schuldverschreibungen im Betrage von insgesamt 7,0 Mrd. DM aus dem Neugeschäft der sieben in Baden-Württemberg ansässigen Boden- und Kommunalkreditinstitute im Umlauf; das waren wie im Vorjahr rund ein Zehntel des Gesamtumlaufes an Schuldverschreibungen aller Realkreditinstitute im Bundesgebiet. Dabei waren die privaten Hypothekenbanken mit 58 % zwar etwas geringer beteiligt als Ende 1965 (60 %), doch liegt dieser Anteil immer noch beträchtlich über der Umlaufquote der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten (42 %).

Im übrigen war die Refinanzierung im Neugeschäft der beiden Institutsgruppen schon immer recht unterschiedlich. Während sich die privaten Hypothekenbanken ihre Finanzierungsmittel zum ganz überwiegenden Teil (96 %) über den Absatz von Schuldverschreibungen beschafften, machten die Emissionserlöse bei den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten nur ein Drittel der fremden Finanzierungsmittel aus. Der Schwerpunkt der Refinanzierung lag hier auch 1966 wieder bei den aufgenommenen Globaldarlehen, die größtenteils als staatliche Förderungsmittel insbesondere für Wohnungsbau und Landwirtschaft, als Lastenausgleichsmittel, aus zentralen Kreditaktionen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Landwirtschaftlichen Rentenbank, sowie von anderen Kapital-sammelstellen zur Verfügung gestellt wurden. Insgesamt haben sich die Verbindlichkeiten aus aufgenommenen Darlehen bei den Realkreditinstituten beider Institutsgruppen im Berichtsjahr 1966 um 139,5 Mill. DM auf 5,15 Mrd. DM erhöht. Allein auf die beiden Landeskreditanstalten entfielen auf Grund besonderer Aufgabenstellung vier Fünftel der Darlehenssumme.

Weniger Neuausleihungen im Aktivgeschäft

Das Aktivgeschäft litt unter den vom Passivgeschäft diktierten Bedingungen. Gegenüber dem Vorjahr blieben die Neuausleihungen um 477,5 Mill. DM oder um 25,9 % zurück. Insgesamt beliefen sich die neu gewährten Darlehen (einschließlich durchlaufender Kredite) an die private und öffentliche Wirtschaft im Geschäftsjahr 1966 auf 1,37 Mrd. DM; das waren rund 10 % der Neuausleihungen aller Realkreditinstitute im Bundesgebiet.

In der Rangfolge der Neuausleihungen nach Verwendungszwecken hat sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig geändert. An erster Stelle standen nach wie vor die Darlehen für Wohnbauzwecke (Wohnungsbauhypotheken und sonstige Wohnbaurdarlehen), die 63 % aller Neuausleihungen ausmachten (im Vorjahr 56 %). Der Gesamtbetrag der neu gewährten Wohnbaurdarlehen blieb jedoch um 170,1 Mill. DM oder 16,5 % hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Die verhältnismäßig geringe Reduzierung beruht auf dem Abstand zwischen dem Zeitpunkt der Darlehensausgabe, zu dem im Regelfall die Beschaffung der

Tabelle 2 Neuausleihungen (einschließlich durchlaufender Mittel)
Millionen DM

Verwendungszweck	Private Hypothekenbanken		Öffentlich-rechtliche Kreditanstalten		Insgesamt		Veränderung in %
	1965	1966	1965	1966	1965	1966	
Wohnungsbaudarlehen	277,7	233,3	754,5	628,9	1032,2	862,1	- 16,5
Agrarkredite	0,3	0,1	65,6	14,6	65,9	14,7	- 77,7
Reine Kommunaldarlehen	200,1	174,6	273,2	140,2	473,3	314,8	- 33,5
Darlehen für sonstige Zwecke	77,6	22,6	93,7	54,9	171,3	77,5	- 54,7
Direktkredite insgesamt	555,7	430,5	1187,0	838,6	1742,7	1269,1	- 27,2
Darlehen an andere Kreditinstitute	—	—	103,7	99,8	103,7	99,8	- 3,7
Zusammen	555,7	430,5	1290,7	938,4	1846,4	1368,9	- 25,9

Refinanzierungsmittel erfolgt und der Auszahlung, die im Wohnungsbau durchschnittlich erst 12 bis 15 Monate später geschieht.

Stärker abgeschwächt hat sich das Kommunalkreditgeschäft. Die von den Realkreditinstituten gewährten „reinen“ Kommunaldarlehen ermäßigten sich im Berichtsjahr 1966 um rund ein Drittel auf 314,8 Mill. DM. Wenn dennoch die Neuverschuldung des Bundes, der Länder und der Gemeinden am Kreditmarkt beträchtlich höher war als im Vorjahr, so weist das auf die stärkere Inanspruchnahme der Nebenmärkte hin. Diese Nebenmärkte sind der Ordnung durch den „Runden Tisch“, der die Nachfrage der öffentlichen Hand in die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage einordnen und in Einklang mit der Kapital- und Geldvermögensbildung bringen soll, entzogen geblieben. Die Neugewährung von Kommunaldarlehen ist bei den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten beträchtlich stärker zurückgegangen (— 49 %) als bei den privaten Hypothekenbanken (— 13 %), die bei dem schwachen Hypothekengeschäft einen Ausgleich im Kommunalkreditgeschäft zu erreichen versuchten.

Im Agrarkreditgeschäft war es nicht nur die Funktionschwäche des Rentenmarktes, die der Darlehensgewährung erschwerend entgegenstand, sondern fast noch stärker wirkten die sich aus der Haushaltslage des Staates ergebenden Kürzungen von Förderungsmaßnahmen in der Landwirtschaft. Die fiskalpolitische Zwangslage, die zu einer Einengung des Bewilligungsrahmens für Zinsverbilligungen und der Mittel für Strukturverbesserung geführt hatte, beeinträchtigte im Jahre 1966 die Stetigkeit des langfristigen Agrarkredits. Insgesamt sind die langfristigen Agrarkredite (einschließlich der Landeskulturdarlehen) um 51,2 Mill. DM oder 78 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und machten nur noch 1 % der Neuausleihungen aus. Die neu gewährten Darlehen sind fast ausschließlich über die beiden Landeskreditanstalten zur Verteilung gelangt.

Bei den ebenfalls stark verminderten Darlehen für sonstige Zwecke handelt es sich insbesondere um Hypothekendarlehen und langfristige Kredite aus zentralen Kreditaktionen und aus anderen zweckgebundenen Mitteln, die überwiegend dem gewerblichen Mittelstand, Vertriebenen, Flüchtlingen und Kriegssachgeschädigten zugute kamen. Insgesamt hat sich das Darlehensgeschäft in dieser Sparte um 93,8 Mill. DM oder 58 % verringert.

Neben diesen Direktkrediten haben die beiden Girozentralen wiederum auch Darlehen an andere Kreditinstitute, hauptsächlich an Sparkassen, gewährt. Die Neuausleihungen blieben nur wenig (— 3,9 Mill. DM) hinter dem Vorjahresbetrag zurück.

Ende 1966 betrug der Bestand an langfristigen Ausleihungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute in Baden-Württemberg insgesamt 13,66 Mrd. DM; das waren rund 13 % des gesamten Ausleihenvolumens aller Realkreditinstitute im Bundesgebiet.

Tabelle 3 Entwicklung des Neugeschäfts 1965 und 1966
Millionen DM

	1965	1966	Ver- änderung in %
Passivgeschäft			
Schuldverschreibungen im Umlauf ...	6 375,4	7 002,5	+ 9,8
Aufgenommene Darlehen und durchlaufende Kredite	5 964,8	6 125,5	+ 2,7
Fremde Finanzierungsmittel insgesamt ..	12 340,2	13 128,0	+ 6,4
Aktivgeschäft			
Direktkredite	12 373,5	13 097,7	+ 5,8
Darlehen an andere Kreditinstitute ..	505,0	564,0	+ 11,7
Ausleihungen insgesamt	12 878,5	13 661,7	+ 6,1

Abgeschwächte Geschäftsausweitung

Aus der zahlenmäßigen Darstellung des Neugeschäfts – das Altgeschäft wurde wegen seiner geringen Bedeutung außer Betracht gelassen – wird deutlich, daß die in den früheren

Jahren erzielten Wachstumsraten im Berichtsjahr 1966 bei weitem nicht erreicht wurden. Im Passivgeschäft haben die fremden Finanzierungsmittel um 6,4% zugenommen, gegenüber 11,5% im Vorjahr, während im Aktivgeschäft die gesamten Ausleihungen sich um 6,1% (1965 um 10,8%) vermehrt haben. Diese Zuwachsraten liegen auch erheblich unter den entsprechenden Wachstumswerten, die sich im Durchschnitt aller Realkreditinstitute im Bundesgebiet (mit 11,9% und 11,7%) ergeben. Die seit Jahren beobachtete kräftige Ausweitung des Geschäftsvolumens hat sich 1966 bei den in Baden-Württemberg ansässigen Boden- und Kommunalkreditinstituten insgesamt gesehen nicht fortgesetzt, sondern merklich abgeschwächt. Ende 1966 betrugen die gesamten Ausleihungen 13,66 Mrd. DM, denen fremde Finanzierungsmittel im Betrage von insgesamt 13,13 Mrd. DM gegenüberstanden. Die Realkreditinstitute haben demnach auch wieder Ausleihungen aus eigenen Mitteln vorgenommen, die aus den Unterlagen der Statistik nicht zu erkennen sind. Im übrigen ist die Spanne zwischen dem Aktivgeschäft und dem Passivgeschäft nur wenig geringer als im Jahr zuvor.

Dr. Karl Baur

Die Entwicklung der Erzeugerpreise für pflanzliche Produkte in Baden-Württemberg

Wirtschaftsjahre 1964/65 und 1965/66

Im Rahmen der betriebs- und marktwirtschaftlichen Meldungen werden monatlich die Ab-Hof-Preise wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse, getrennt nach Absatzwegen, ermittelt. Den Meldungen der ehrenamtlichen Sachverständigen des Statistischen Landesamts liegt die Verordnung über betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft vom 19. November 1963 (BGBl. T. I, Jg. 1963)¹ zugrunde. Daher erstreckten sich die Erhebungen auf höchstens 0,6% der Betriebe mit mehr als 0,5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche; das sind in Baden-Württemberg ungefähr 900 Betriebe.

Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich lediglich auf Weizen, Roggen, Brau- und Futtergerste, Futterhafer und Kartoffeln. Die Preise über die von den berichtenden Betrieben verkauften Getreideerzeugnisse sowie Kartoffeln liegen für folgende Absatzwege vor: Handel, Genossenschaft, Verbraucher einschließlich Landwirte. Bei Getreide kommen als weiterer Absatzweg noch Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe hinzu. Diese Aufgliederung nach Absatzwegen ist für einen Überblick der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse wertvoll, weil sie weitgehend eine Funktion der Absatzwege sind. So erzielen die Bauern bei einem direkten Absatz ihrer Erzeugnisse an den Verbraucher meist höhere Preise als beim Verkauf über die Genossenschaften oder den Handel. Der Landwirt hat oft die Möglichkeit, unter mehreren Absatzwegen den günstigsten zu wählen. Häufig konkurrieren auch mehrere Unternehmen um das Marktangebot der einzelnen Erzeuger. Maßgebend für den Durchschnittspreis, den die Landwirte ab Hof erzielen, ist daher der Anteil, mit dem die einzelnen Absatzwege am Gesamtabsatz beteiligt sind.

Eine Auswertung der Ergebnisse über Verkäufe und Erlöse aus den betriebs- und marktwirtschaftlichen Meldungen gibt also einen Einblick in die Entwicklung der pflanzlichen Erzeugnispreise ab Hof. Es handelt sich demnach in den betriebs- und marktwirtschaftlichen Meldungen um die Preise, die der Inhaber des bäuerlichen Betriebes ab Hof erhält, und nicht um die Preise der ersten Handelsstufe, von denen im allgemeinen noch die Unkosten für den Transport, etwaige Marktgebühren und dergleichen abzuziehen sind, um auf die Ab-Hof-Preise (Loco-Hof-Preise) zu kommen. Selbstverständlich

werden hier und da bei Erzeugnissen wie Kartoffeln unter Umständen ab Hof aus den verschiedensten Gründen höhere Preise erzielt als auf den Erzeugermärkten.

Nun verteilt sich das Angebot für pflanzliche Erzeugnisse nicht gleichmäßig auf das ganze Jahr. So liegt der Schwerpunkt bei den Getreideverkäufen während der Getreideernte; bei Kartoffeln während der Kartoffelernte und abgeschwächt im Frühjahr des darauffolgenden Jahres. Die Meldungen sind daher in diesen Schwerpunktsmonaten zahlreicher als in den übrigen Monaten, was bei der Beurteilung der Ergebnisse berücksichtigt wird.

Monatliche Preisbewegung bei Getreide

Nach § 10 des Getreidegesetzes² werden durch Bundesgesetz im voraus für jedes Getreidewirtschaftsjahr die Preise für Getreide festgelegt. Die sich innerhalb des Wirtschaftsjahres von Monat zu Monat erhöhenden Schwellenpreise variieren jedoch nach Gebieten und Qualitäten. Daher sind Beschaffenheit, Feuchtigkeitsgehalt, Keimfähigkeit, Eiweißgehalt, Aussehen, Geruch und Farbe ausschlaggebende Faktoren bei der Preisbildung. Beispielsweise sind Zu- und Abschläge bei Getreide für einen von 16,5% abweichenden Feuchtigkeitsgehalt oder für abweichendes Eigengewicht von der Standardqualität möglich. Für Qualitätsweizen mit besserer Backfähigkeit werden vielfach Qualitätszuschläge von 1,50 bis 2,- DM je Doppelzentner gezahlt. Ferner ist unter anderem beim Unterscheiden von Brau- und Futtergerste der Grad der Keimfähigkeit und des Eiweißgehalts von Bedeutung. So sind also, trotz der Stabilisierung der Getreidepreise auf dem preisregulierten Getreidemarkt, gestaffelte Preisunterschiede möglich und wahrscheinlich.

Bei den pflanzlichen Erzeugnissen haben Preisunterschiede innerhalb eines Wirtschaftsjahres ihren Ursprung bereits darin, daß die Ernte innerhalb eines kurzen Zeitraumes anfällt, während der Verbrauch sich über das ganze Jahr erstreckt. Somit beeinflussen die Kosten der notwendigen Lagerhaltung, bestehend aus Verzinsung des Kapitalwertes des eingelagerten Getreides, Amortisation und Unterhaltung des Lagerraumes, Wartung und Behandlung des lagernden Getreides sowie Schwund die Preisbildung. Daher sind die in der Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz angegebenen Schwellenpreise der jeweiligen Getreideart zu Beginn des Wirtschaftsjahres

¹ Diese Verordnung trat am 30. November 1966 außer Kraft und wurde durch das Gesetz über betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft vom 23. Dezember 1966 abgelöst.

² Gesetz über den Verkehr mit Getreide und Futtermitteln (Getreidegesetz vom 4. November 1950, BGBl., Jg. 1950).